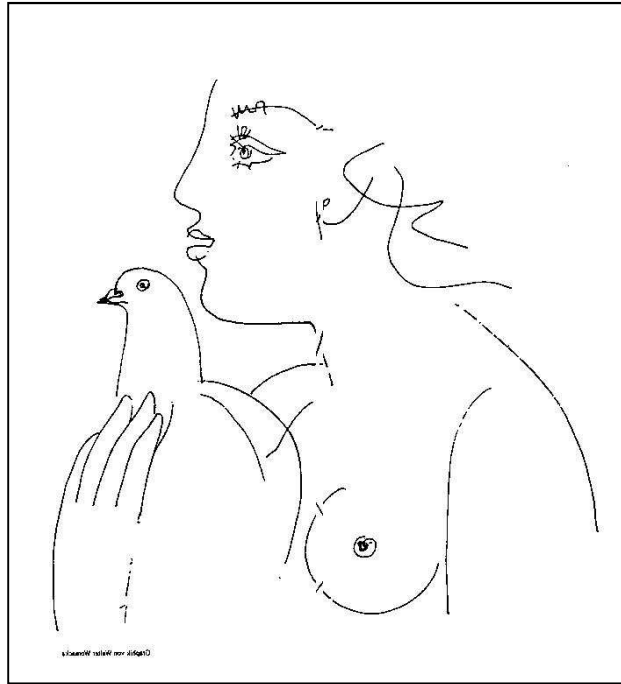


Nr. 188



## **"Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge"**

mit Beiträgen

von

**Wolfgang Gehrke**

**Sevim Dagdelen**

**Ulla Eichner**

**Jürgen Totenhöfer**

Redaktionsschluss: 01. Februar 2016

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

## **Der wichtigste Körperteil eines Menschen ist sein Pass Flüchtlingsgespräche oder besser: Gespräche über Flucht, Vertreibung und Krieg**

*Wolfgang Gehrcke, MdB*

*Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Leiter des Arbeitskreises Internationale Politik der Bundestagsfraktion DIE LINKE;*

*Mitglied im Parteivorstand*

Wahrlich, wir leben in finsternen Zeiten, wir leben in Zeiten des Krieges. Es ist falsch, davon zu reden, dass Kriege drohen. Wir sind bereits in großen Kriegen. Krieg in Syrien, im Jemen führt Saudi Arabien Krieg gegen die dortige Bevölkerung, Flüchtlinge im Libanon – bei 4,5 Mio. Einwohnern sind 2 Millionen Flüchtlinge in dieses kleine Land gekommen, das selbst Opfer eines 15jährigen Bürgerkrieges war. Krieg in Libyen und Krieg im Irak. Der Krieg in Libyen, angeblich geführt, um einen Diktator zu stürzen, sprang über auf Mali, Zentralafrika, destabilisiert Tunesien und Marokko. Krieg in Afghanistan – jetzt schon 15 Jahre mit deutscher Beteiligung. Dieser Krieg destabilisiert weitere zentralasiatische Staaten bis in den Kaukasus. Der Krieg im Irak hat nicht nur weit über hunderttausend Menschen das Leben geraubt, er war der Ausgangspunkt, dass sich in dieser Region der Islamische Staat (IS) gründen und ausbreiten konnte. Nach der alten Strategie, dass der Feind meines Feindes sich als mein Verbündeter bestens eignet, haben die Türkei, die USA und Saudi Arabien, auch wenn sie ansonsten um Macht und Einfluss konkurrieren, zumindest anfänglich den IS mit Geld, Waffen und Kämpfern hochgepäpelt.

Die türkischen Grenzen waren und sind für humanitäre Hilfe geschlossen, für den IS aber offen. Nunmehr fällt die imperiale Macht in der Türkei ganz offen über die eigene Bevölkerung her, zumindest über ihren kurdischen Teil, und schlachtet, wenn das Weltgewissen ihr nicht endlich in den Arm fällt, die Kurdinnen und Kurden ab. Nur, ich weiß nicht, wo „das Weltgewissen“ ansässig ist, welche Adresse für Appelle geeignet ist.

In Berlin, im Kanzleramt, im Außenministerium, im Pentagon oder im Oval Office mit Sicherheit nicht. Außenminister Frank-Walter Steinmeier beschimpfte die LINKE, wir wären Heuchler, weil wir nicht bereit waren und sind, deutsche Flugzeuge für den Eintritt in den Syrienkrieg zur Verfügung zu stellen. Nun gut, wer heuchelt und wie: Engste Bündnispartner Deutschlands in der Nahostregion sind Saudi Arabien und die Türkei.

Saudi Arabien benutzt alle Kampfmittel des IS – Köpfe abschlagen und Gliedmaßen amputieren, massenhafte Versklavung und Vergewaltigung ebenso. Ein Blick nach Saudi Arabien und auf den Krieg im Jemen beweist das zum Übermaß. Wie empört sich nun die deutsche Regierungspolitik? Sie empört sich gar nicht und gipfelt in dem schlimmen Satz, Saudi Arabien sei eben ein unverzichtbarer Stabilitätsanker in der Region. Da könnte man fast auf den Gedanken kommen, dass auch der deutsche Faschismus so etwas wie ein Stabilitätsanker gegen die Sowjetunion gewesen sein könnte. Deutschland liefert Waffen an die Peschmerga der irakischen Kurden und schaut geflissentlich weg, wenn die syrischen Kurden vom deutschen Verbündeten Türkei hinweggemordet werden wie die Kurden im eigenen Land.

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. 80 Prozent von ihnen fliehen vor Krieg und Gewalt. Viele der Menschen, die nach Deutschland kommen, fliehen vor der Gewalt in Syrien, genauer gesagt: 13,5 Millionen Menschen sind bisher aus Syrien geflüchtet. 4,7 Millionen von ihnen in die Anrainerstaaten, Hunderttausende in Richtung EU. Der Krieg, den der Westen mit verantwortet, kommt jetzt zu uns in Gestalt der Flüchtlinge. Fällt es eigentlich niemandem auf, dass die Ursache der Nahostkriege, der Krieg der USA und ihrer willigen Verbündeten im Irak, die Zerstörung des Irak und Libyens, Ausgangspunkt für weitere Kriege, Zerstörung und Vernichtung geworden ist? Aber dafür zahlt nicht die USA – die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen kaum Flüchtlinge auf, sie waschen ihre Hände sozusagen in Unschuld. Die Fluchtbewegung, die

wesentlich die USA verantwortet, löst tiefe Widersprüche in Europa aus. Die Europäische Union ist am Scheitern.

**Vieles, was als Errungenschaft gefeiert wurde – offene Grenzen, Freiheit des Personen- und Warenverkehrs – reduziert sich unterm Strich auf die Freiheit des Kapitals. Wer sagt mir denn, dass die Destabilisierung Europas nicht auch zumindest willfährig in Kauf genommener Nebeneffekt der US-Politik ist?**

### **Was also tun?**

Selbstverständlich muss das Asylrecht, oder besser was davon noch übrig ist, als Verfassungsrecht verteidigt werden. Es geht in Deutschland und in den EU-Ländern um die Verteidigung demokratischer Rechte, um soziale und ökologische Verantwortung, um Kultur und Antifaschismus. Rechtsgrundlagen, die die Linke verteidigt, sind das im Grundgesetz verankerte Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention. Rechtsgrundlagen sind einzuhalten und es ist davon Gebrauch zu machen, ist kein Gnadenakt, sondern auch Erfahrung vieler Flüchtlinge aus Deutschland während der Herrschaft des Faschismus in viele andere europäische Länder. Aber Linke und Antifaschisten sollten sich auch daran erinnern, in wie vielen Ländern Europas, die heute als „klassische Demokratie“ gelten, wie die Schweiz, Großbritannien, Frankreich und andere, jüdische Flüchtlinge abgewiesen wurden. Ebenso selbstverständlich darf sich eine linke Partei an keinerlei Kriegen, Rüstung und Rüstungsgeschäften beteiligen. Wer sich an Kriegen beteiligt, wie es die Bundesregierung tut, und gleichzeitig Flüchtlinge willkommen heißen will, der ist ein Heuchler. Er ist deshalb ein Heuchler, weil eben die Flüchtlinge, die zu uns kommen, Opfer und Ergebnis dieser Kriege sind. Flüchtlinge gibt es nicht nur aus dem Nahen und Mittleren Osten, aus Asien, sondern auch in Europa selbst. Die Rechtsentwicklung, das Abgleiten in profaschistische Bewegungen und Herrschaftsformen in der Ukraine hat zu einer Massenflucht aus dem Land geführt. Genau diese Ukraine, die für die CSU ein sicheres Herkunftsland ist. Zweieinhalb

Millionen Menschen aus der Ukraine sind nach Russland geflüchtet. Ob der Krieg in der Ukraine nicht wieder aufbricht, das kann keiner garantieren.

Deshalb: Wer wirklich sich auf die Seite der Flüchtenden stellt, der muss sich gegen den Krieg der Reichen gegen die Armen wenden. **Täglich sterben in der Welt 57.000 Menschen an Hunger.** Die Erde ist heute reich genug, um alle Menschen zu ernähren, ihnen Zugang zu Bildung, zu Kultur, zu sauberer Luft und sauberem Wasser zu gewährleisten. Der Zugang zu diesen Gütern allerdings ist ungerecht verteilt. Die 62 reichsten Menschen der Welt verfügen über ein größeres Vermögen als 50 Prozent der Weltbevölkerung. Da könnte man direkt auf den Gedanken kommen: Wir enteignen diese Familien zugunsten der Weltbevölkerung.

Partei und Fraktion DIE LINKE gehen mit den Problemen der Flucht und den Leben in unserem und in anderen europäischen Ländern ernsthaft um. In die Welt zu tröten „Wir schaffen es!“ und das Gegenteil zu machen, das schürt den Zulauf zu rechtspopulistischen Kräften. Wir haben es in fast allen europäischen Ländern mit einem Anwachsen rechter Kräfte zu tun. Die Stärkung rechter Kräfte im Umfeld sozialer Auseinandersetzungen, tiefgreifender Abstiegsängste besonders bei sozial Deklassierten und in den Mittelschichten – darauf muss es eine gesamteuropäische Antwort der Linken geben. Davon allerdings ist die Linke in Europa leider noch weit entfernt. Die Schwäche der Linken, ihre Zerstrittenheit und Konzeptionslosigkeit hindert sie daran, rechten Populismus wirksam zu bekämpfen. Aber auch hier ist genaues Hinschauen, Hinhören und Analyse rechter Bewegungen und die Reflexion geschichtlicher Erfahrungen unverzichtbar. Die Mahnung des Philosophen Ernst Bloch „Kampflos habt ihr, Genossen, das Kleinbürgertum dem Faschismus überlassen!“ ist für uns höchst aktuell. **DIE LINKE zieht daraus unter anderem die Schlussfolgerung, ihre Forderungen in der Flüchtlingspolitik organisch mit Forderungen für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft zu verbinden.**

## **Linke Politik ist es, dem Gegeneinanderhetzen von Flüchtlingen und Hartz-IV-Empfängern entgegen zu treten.**

Während ich über diesen Artikel nachdenke, blättere ich in den „Flüchtlingsgesprächen“ von Bertolt Brecht, den Gesprächen zwischen dem Physiker Ziffel und dem Metallarbeiter Kalle, in Finnland, in einer Bahnhofswirtschaft, auf der Flucht vor dem Krieg. Brecht leitet die Gespräche mit der Feststellung ein, dass die Kriegsfurie Europa schon halb abgegrast hatte, aber dass sie noch jung und hübsch und auf einem Sprung nach neuen Gebieten des Krieges war. Die Kriegsfurie von heute verströmt Leichengeruch und den Geruch des üblen Geldes, des großen Kapitals. Sie ist auf dem Sprung nach immer neuen Gebieten. Noch bevor diese Zeilen gedruckt sein werden, wird die Bundeswehr wohl auch in Libyen angekommen sein, dessen Regent Gaddafi man ebenso wie Sadam Hussein, und wenn man könnte, Assad, mit dem Hinweis, sie seien Diktatoren, gestürzt hatte.

Die Welt ist voller Diktatoren, die man eben nicht stürzt, sondern mit denen man paktiert. Ein Diktator, dessen Sturz Freiheit für die Mehrheit bedeuten würde, trägt den Namen „Kapital“. Nicht unbedingt der einzelne Kapitalist, aber sehr wohl dieses System Kapitalismus ist kriminell. Das sagt und schreibt sogar der Papst. Nun denn, mit dem Papst und mit allen, die dazu bereit sind, für eine andere, bessere Welt zu kämpfen, lohnt sich alle mal.

\*\*\*

## **Organisiertes Staatsversagen**

*Sevim Dagdelen, MdB*

*Beauftragte für Migration und Integration der Fraktion Die Linke im Bundestag.*

 30. Januar 2016

Wie viele Untätigkeitsklagen sind mittlerweile gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gerichtet worden. Die Bundesregierung antwortete jetzt, fast entschuldigend,

auf eine entsprechende Anfrage der Linksfraktion: »Zur Beschleunigung der Verfahren erfolgte im Jahr 2015 ein Aufwuchs des Personals um circa 40 Prozent. Die Zahlen wachsen durch kontinuierliche Neueinstellungen wöchentlich an. Zusätzlich sind gut 400 Sonderentscheider in den Entscheidungszentren eingesetzt, die dort ausschließlich entscheidungsreife Altfälle bearbeiten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat im Jahr 2015 20 neue Außenstellen eröffnet. Zudem werden zur Verfahrensoptimierung beispielsweise die anhängigen Asylverfahren je nach Herkunftsregion und Bearbeitungsaufwand in drei Gruppen eingeteilt, um eine effizientere Bearbeitung sicherzustellen. Die Zahl der im Jahr 2015 getroffenen Entscheidungen hat sich im Vergleich zu 2014 mehr als verdoppelt (2015: 282.726; 2014: 128.911). «

Viele Flüchtlinge sind mit der schleppenden Bearbeitung ihrer Asylanträge unzufrieden, immer häufiger ziehen sie vor Gericht. 2.299 Untätigkeitsklagen waren es Ende 2015, die bei den Verwaltungsgerichten anhängig waren. Die meisten kamen dabei von Asylsuchenden aus Afghanistan (560), dem Irak (337), Eritrea (217) und Syrien (207). Was die Bundesregierung nicht sagt: In diesem Jahr sind noch 660.000 alte Asylfälle zu bearbeiten, wobei der BAMF-Präsident Frank-Jürgen Weise davon ausgeht, dass das ungefähr 360.000 bereits gestellte und 300.000 noch nicht gestellte Anträge umfasst. Darin nicht enthalten sind aber die Anträge neu ankommender Flüchtlinge.

Ewig dauernde Asylverfahren, eine aussichtslose Arbeitssituation und untragbare Unterkünfte: die Zustände im BAMF im Bereich der Asylbearbeitung sind katastrophal. Selbst der – im November noch neue – BAMF-Chef Weise sprach damals von »gruseligen« Arbeitsabläufen, die er in der Behörde vorgefunden habe. Nur scheinen diese offenkundig immer noch zu bestehen. Der Berg der etwa 360.000 unerledigten Asylverfahren, die seit mehr als einem Jahr andauern, hat sich um über 75.000 vergrößert. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Asylantrags beträgt derzeit rund fünf Monate. Angepeilt und versprochen ist eine Asylverfahrensdauer von drei Monaten.

Davon ist man weit entfernt. Besonders lang ist diese Dauer mit etwa 13 Monaten für afghanische und eritreische Flüchtlinge. Kein Wunder also, dass diese nun besonders oft wegen Untätigkeit gegen das BAMF – oder besser dieses organisierte Staatsversagen – klagen.

Die Bundesregierung lenkt von dem gezielten Behördenversagen reflexartig durch weitere Gesetzesverschärfungen ab. So soll bei Vorliegen bestimmter Straftaten ein Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention auch dann in seinen Herkunftsstaat abgeschoben werden können, wenn ihm dort Verfolgung droht. Der Familiennachzug wird für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt. Es gelten niedrigere Hürden bei der Abschiebung Kranker, und monatlich werden als Beteiligung an den Kosten der Integrationskurse zehn Euro von den Asylbewerberleistungen abgezogen.

CDU, CSU und SPD einigten sich zudem auf eine Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien. In der Pipeline ist nach wie vor auch die Türkei. Unverkennbar: Die Bundesregierung ist bereit, Menschenrechte, Flüchtlinge, kritische Oppositionelle und Journalisten sowie die kurdische Bevölkerung auf dem Altar der Flüchtlingsabwehr zu opfern. Statt Fluchtursachen zu bekämpfen sorgt die Bundesregierung mit ihrer Komplizenschaft mit Staatschef Recep Tayyip Erdogan dafür, dass demnächst vielleicht hunderttausende Kurden nach Europa fliehen müssen.

An tatsächlichen Verfahrensbeschleunigungen unter dem Aspekt des humanitären Flüchtlingsrechts hat die Bundesregierung keinerlei Interesse. Siebürdet lieber dem ohnehin überforderten BAMF immer mehr sinnlose Arbeit auf und verlängert dadurch die Asylverfahren zusätzlich, zum Beispiel durch die wiedereingeführte Einzelfallprüfung für syrische Flüchtlinge.

Die Linke schlägt seit etwa einem Jahr eine Art »Altfallregelung« für lang anhängige Asylverfahren vor – das beträfe z.B. die ca. 75.000 seit über einem Jahr anhängigen Fälle. Das ist



auch vor dem Hintergrund geboten, dass nach der EU-Asylverfahrensrichtlinie ein Asylverfahren eigentlich längstens sechs Monate dauern soll.

Ein weiterer Vorschlag ist, von automatischen Asyl-Widerrufsprüfungen drei Jahre nach der Anerkennung abzusehen. Diese Verfahren enden derzeit zu 97,8 Prozent mit der Entscheidung, dass kein Widerruf erfolgt; das sind also höchst arbeitsaufwendige, bürokratische Verfahren, die die Betroffenen verunsichern, aber im Ergebnis zu nichts führen. Zur Verfahrensbeschleunigung würde auch beitragen, die Prüfungen zu Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten durch das BAMF abzuschaffen, die seit dem 1. August 2015 vorgenommen werden. Auch hier hat das Amt einen ungeheuer großen Aufwand – und diese Prüfungen wurden zunächst auch in allen Fällen vorgenommen, obwohl es sich hierbei um eine »Kann«-Regelung im Gesetz handelt.

Auch schnelle Anerkennungen, vor allem im schriftlichen Verfahren, bei Asylsuchenden aus Ländern mit hohen Anerkennungsquoten, sparen Zeit und ermöglichen eine schnellere Integration der Flüchtlinge.

\*\*\*

So geht es auch:

## **Asylbewerber auf dem Dorf**

*Ulla Eichner, Lentzke*

Im Oktober 2014 bekam unser Bündnis „Fehrbellin bleibt bunt“ bei einer Versammlung die Mitteilung: Im November kommen 70 Asylbewerber in unser Dorf (wir haben ca. 450 Einwohner).

**Was tun?** In kürzester Zeit, in zwei Tagen, haben wir eine Einwohnerversammlung organisiert. So haben unsere Einwohner dieses Vorhaben des Kreises nicht aus der Presse erfahren, sondern von uns. Es war keine einfache Versammlung. Es gab Für und Wider. Viele Argumente konnten zumindest entschärft

werden. Die Kolleginnen vom Kreis hatten es schwer, sie waren aber auch nicht sonderlich gut vorbereitet erschienen.

Aber das Ergebnis zählt: es hat sich an diesen Abend unsere Arbeitsgruppe „Willkommen in Lentzke“ gebildet. Die Ankunft der Asylbewerber verzögerte sich etwas, also hatten wir Luft, um zu überlegen, wie es weiter gehen soll.

Begonnen haben wir mit Spendenaufrufen, es wurde einfach alles gebraucht: Bekleidung, Wäsche, Hausrat (hier brauchte man vor allem große Töpfe für die Familien), Fernseher, Computer, Fahrräder, Spielzeug u.v.m. Die Spendenbereitschaft war riesengroß, die am meisten Angst hatten, es könnte zu Diskrepanzen zwischen den Einwohnern und unseren „Neu-Lentzkern“ kommen, haben auch gespendet und nicht wenig.

Unser Vorteil ist, dass wir im Ort zwei Wohnblöcke aus DDR-Zeiten haben und der neue Besitzer einen Teil der Wohnungen zur Nutzung durch die Asylbewerber vermietet hat.

Uns lagen vor allem die Kinder am Herzen. In den Häusern wurde eine Sozialstation, besetzt mit einer Sozialarbeiterin, eingerichtet. Und dort haben wir ein Spielzimmer, gemeinsam mit den Kindern, mit den Neuen und den Lentzker Kindern, gestaltet.

Wir haben organisiert:

- Deutschunterricht - es gibt Rentnerinnen, die Lehrerinnen waren;
- Jetzt haben wir ein „Deutsch-Café“ - nun braucht der Computerraum nicht mehr blockiert werden und die Jung's können mit ihrer Heimat kommunizieren;
- Spielnachmittage - betreut von Kindergärtnerinnen, nach Dienstschluss;
- Es wurden Fahrgemeinschaften gebildet, um Behördengänge, Arztbesuche, Einkäufe usw. zu erledigen. Man muss nämlich sagen: sind Schulferien - fährt kein Bus. Auch sonst fahren die Busse sehr spärlich, steht aber von unseren Syrern,

Afghanen, Pakistani oder ein Anderer an der Bushaltestelle, wird er von Vorbeifahrenden mitgenommen.

Im Juli 2015 haben wir ein Sommerfest durchgeführt, gemeinsam mit den Asylbewerbern. Wir haben gebacken und gekocht und unsere neuen Mitbewohner haben ebenfalls landestypisch gebacken und gekocht. Es wurde auch gegrillt, natürlich haben wir an die Essgewohnheiten gedacht. Wir hatten zwei Grills. Einen für die normalen Würstchen und einen für Rinderwurst, Geflügel und für ihr geschächtetes Fleisch. Finanziert haben wir das alles durch Spenden.

Es war ein sehr schöner Nachmittag. Die Kinder haben sich und ihre Heimat vorgestellt. Sie haben zu dieser Zeit schon sehr gut deutsch gesprochen. Sie gehen ja auch zum Teil in die Schule. Ein Wehrmutstropfen war aber, die Lentzker waren beinahe alle zuhause geblieben.

Im Herbst 2015 gab es noch ein gemeinsames Fußballturnier, am Erntefest haben sie auch teilgenommen. In der Adventszeit haben Muttis aus Lentzke und Asyl-Muttis mit ihren Kindern in der ehemaligen LPG-Küche Plätzchen gebacken.

Die Arbeit mit den Asylbewerbern erfolgt fast ausschließlich durch Ehrenamtler. Wir vermissen doch etwas das Engagement der Verantwortlichen in den Kommunen.

Am 27.02.2016 findet ein „gemischtes Sportfest“ in der Rhinhal- le in Fehrbellin statt. Wir hoffen, es wird wieder ein Erfolg.

\*\*\*

## **Ein Brief im Zorn**

*Jürgen Todenhöfer*

[26. August 2015](https://www.die-anstifter.de) (https://www.die-anstifter.de)

„Sehr geehrte Präsidenten und Regierungschefs!

Ihr habt mit eurer jahrzehntelangen Kriegs- und Ausbeutungspolitik Millionen Menschen im Mittleren Osten und in Afrika ins Elend gestoßen. Wegen euch flüchten weltweit die Men-

schen. Jeder 3. Flüchtling in Deutschland stammt aus Syrien, Irak und Afghanistan. Aus Afrika kommt jeder 5. Flüchtling.

Eure Kriege sind auch Ursache des weltweiten Terrorismus. Statt ein paar 100 internationaler Terroristen wie vor 15 Jahren, haben wir jetzt über 100.000. Wie ein Bumerang schlägt eure zynische Rücksichtslosigkeit jetzt auf uns zurück.

Wie üblich denkt ihr nicht daran, eure Politik wirklich zu ändern. Ihr kuriert nur an den Symptomen herum. Die Sicherheitslage wird dadurch jeden Tag gefährlicher und chaotischer. Immer neue Kriege, Terrorwellen und Flüchtlingskatastrophen werden die Zukunft unseres Planeten bestimmen.

Auch an Europas Türen wird der Krieg eines Tages wieder klopfen. Jeder Geschäftsmann, der so handeln würde, wäre längst gefeuert oder säße im Gefängnis. Ihr seid totale Versager.

Die Völker des Mittleren Ostens und Afrikas, deren Länder ihr zerstört und ausgeplündert habt sowie die Menschen Europas, die jetzt unzählige verzweifelte Flüchtlinge aufnehmen, zahlen für eure Politik einen hohen Preis. Ihr aber wascht eure Hände in Unschuld. Ihr gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof. Und jeder eurer politischen Mitläufer müsste eigentlich den Unterhalt von mindestens 100 Flüchtlingsfamilien finanzieren.

Im Grunde müssten sich die Menschen dieser Welt jetzt erheben und euch Kriegstreibern und Ausbeutern Widerstand leisten. Wie einst Gandhi - gewaltlos, in ‚zivilem Ungehorsam‘. Wir müssten neue Bewegungen und Parteien gründen. Bewegungen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Die Kriege in anderen Ländern genauso unter Strafe stellen, wie Mord und Totschlag im eigenen Land. Und die euch, die Verantwortlichen für Krieg und Ausbeutung, für immer zum Teufel jagen.

**Es reicht! Haut ab! Die Welt wäre ohne euch viel schöner.“**